

Somalier ersticht Schweizer

Beim Tötungsdelikt in Schaffhausen verschwiegen Behörden und Medien die Herkunft des Täters. Der Stadtrat verweigert mehr Polizeipräsenz.

Philipp Gut

Ein junger Schweizer ist tot. Ein weiteres Opfer, ebenfalls ein Schweizer, ist verletzt. Das ist die Bilanz eines brutalen Gewaltdelikts in der Stadt Schaffhausen. Der mutmassliche Täter ist ein vorbestrafter Mann aus Somalia. Er wurde kurz nach der Tat verhaftet und sitzt in Untersuchungshaft. Der Haken an der Geschichte: Dass es sich beim Tatverdächtigen um einen Somalier handelt, verschwiegen Ermittlungsbehörden und Medien. Die Polizei sprach lediglich von einer «an der Tat beteiligten Person».

Verschleierung aus politischen Motiven

Der *Blick* berichtete ebenso verhalten über die «Bluttat am Bahnhof»: «Ein Toter in Schaffhausen – Polizei verhaftet verletzte Person». Gemäss *Tages-Anzeiger* wurde ein «Verdächtiger» festgenommen. Ähnlich klang es in anderen Medien. Auch einen Tag später nannte *20Minuten* die Nationalität des Täters nur im Kleingedruckten. Dass der mutmassliche Täter «Jahrgang 1999» habe, wurde gross herausgestrichen – dass es sich um einen Somalier handelt, stand hingegen weder in der Spitzmarke noch im Titel, noch im Lead, noch in der Zusammenfassung des Artikels («Darum geht's»).

Worum geht es hier? Ist das Alter des Täters wirklich wichtiger als seine Nationalität? Haben wir ein Problem mit dem Jahrgang 1999? Oder doch eher mit der Ausländerkriminalität?

Die Frage ist rhetorisch, aber dass sie überhaupt gestellt werden muss, zeigt, wie verklemmt und nachgerade verantwortungslos Behörden und behördentreue Medien informieren. Dass die Herkunft des Täters schliesslich doch noch bekannt wurde, ist den kleinen *Schaffhauser Nachrichten* zu verdanken, auch wenn diese – wie die grossen Blätter und Portale – die Nationalität des mutmasslichen Täters ebenfalls nicht an die grosse Glocke hängten. In Schaffhausen hat es System, dass die Öffentlichkeit über die Herkunft von Tätern im Dunkeln gelassen wird. Es gilt der Grundsatz: «Die Nationalität der Täterschaft wird in Medienmitteilungen der Staatsanwaltschaft nicht genannt.» Sie wird nur auf Nachfrage von Medien bekanntgegeben, wobei «keine Unterscheidung zwischen Schweizern mit und ohne Migrationshintergrund gemacht wird».

Diese Verschleierungstaktik, hinter der man politische Motive vermuten muss und die einem bewussten Täterschutz nahekommend ist, das eine, was im Schaffhauser Tötungsfall auffällt. Das andere ist die Weigerung der Stadtobere, die Sicherheit im öffentlichen Raum, insbesondere um den Bahnhof, zu erhöhen. Sprechend ist in diesem Zusammenhang der Umgang des Stadtrats mit einem Postulat des ehemaligen SP-Parlamentariers Marco Planas, der inzwischen aus der Partei ausgetreten ist und als Parteiloser in der städtischen Legis-

lative sitzt. Bereits im November 2018 hatte er einen Vorstoss für einen Polizeiposten am Bahnhof eingereicht, den das Parlament deutlich mit 25 zu 6 Stimmen überwies. Das Ziel war, wie Planas gegenüber der *Weltwoche* erklärt, «am Bahnhof oder in unmittelbarer Nähe einen Polizeiposten zu erstellen, damit

Dass die Herkunft des Täters doch bekannt wurde, ist den Schaffhauser Nachrichten zu verdanken.

mehr Polizeipräsenz gewährleistet ist». Dies deshalb, weil sich viele Leute vor allem nachts in der Bahnhofsgegend unwohl und unsicher fühlten. Der Stadtrat selbst hat dieses Gebiet als «sicherheitsrelevanten Brennpunkt» bezeichnet.

Allianz von FDP und Alternativen

Doch geschehen ist nichts, im Gegenteil: Der Stadtrat und die verantwortliche Sozial- und Sicherheitsreferentin Christine Thommen (SP) schoben den Vorstoss auf die lange Bank. Sie haben die Frist zuerst bis Ende 2022 verlängert und dann doch nicht eingehalten. In der Ratsdebatte behauptete Thommen entgegen der eigenen Einschätzung des Stadtrats («sicherheitsrelevanter Brennpunkt»), der Bahnhof Schaffhausen sei «ein sicherer Ort». Im Stadtparlament wandte sich eine unheilige Allianz von FDP und Alternativer Liste gegen einen Polizeiposten in der Innenstadt. Die Linksaussenpartei befürchtete, dass «sich die Menschen am Bahnhof durch die Polizei kontrolliert oder gar weggewiesen fühlen». Das mag für Finsterlinge mit bösen Absichten gelten, aber sicher nicht für die Schaffhauser Bevölkerung, die um ihre Sicherheit fürchtet. Der fahrlässig tändelnde Stadtrat wollte das Postulat schliesslich erst Ende 2024 beantworten oder umsetzen. Auf Druck des Parlaments muss er das nun bis Ende dieses Jahres tun. Für den mutmasslich von einem Somalier getöteten jungen Schweizer ist das definitiv zu spät.



„Und? Wie war dein Datenschutzkurs?“